

20. VII. 1917

Sozialpolitik der Privatbeamten.

Die gemeinbürgerschaftliche Bewegung unter den deutschen Privatbeamten hat unter dem Einfluß der Kriegsnot bedeutende Fortschritte aufzuweisen in der Richtung einer Organisation des gesamten Standes. Unter Verwertung der im Krieg gesammelten Erfahrungen hat die Hauptvertretung der deutschen Privatbeamten, der 1881 gegründete „Deutscher Privatbeamtenverein“ zu Magdeburg, beschlossen, durch Umgestaltung seiner Organisation die Bewegung auf einen breiteren Boden zu stellen. Nach der neuen Satzung, die gegenwärtig den Verwaltungsorganen zur Beratung vorliegt, hat der Verein den Zweck, die sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der deutschen Privatbeamten aller Berufe auf standespolitischer und vaterländischer Grundlage zu vertreten. Der Verein tritt nunmehr mit einem sozialpolitischen Programm vor die Öffentlichkeit mit folgenden Grundzügen:

Der Verein tritt ein für eine starke mittelständische Privatbeamtenbewegung und eine den neuzeitlichen Anschauungen entsprechende zielbewusste Privatbeamtenpolitik. Er prüft alle gesetzgeberischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen und verlangt gebührende Berücksichtigung der besonderen Interessen und Bedürfnisse der deutschen Privatbeamenschaft als einer der stärksten Volksgruppen, auch in der Öffentlichkeit und in der Volksvertretung. Insbesondere fordert er organische Entwicklung und Zusammenfassung des Privatbeamtenrechts, Anpassung des Steuerrechts an die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Privatbeamten und der deutschen Familie, Ausbau und Weiterentwicklung der Angestelltenversicherung. Er erstrebt schließlich eine den Leistungen, der Vorbildung und dem Dienstalter angemessene Gehaltsregelung der Privatbeamten, gesunde Arbeits-, Urlaubs- und Wohnungsverhältnisse.

Als Maßnahmen von großer Bedeutung erscheinen die geplante Unterstützung der Lebensmittelkonsumvereine der Privatbeamten und der Ausbau der genossenschaftlichen Baubewegung zur Bereitstellung gesunder und preiswerter Wohnungen in Garten- und Vorortfiedelungen. Ein Zusammengehen mit den schon vorhandenen Organisationen auf diesen Gebieten wird angestrebt.